

EU-Kolloquium „Das unbekannte Euroland: Portugal als Testfall für die europäische Krisenbewältigung“

21. Januar 2016, 19 Uhr, Rathausfestsaal Saarbrücken

Bericht

Im Rahmen der Deutsch-Französischen Woche 2016 luden das Frankreichzentrum, die Europäische Akademie Otzenhausen, die Asko-Europa-Stiftung und Europe Direct in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Saarbrücken, dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, dem Institut d'Etudes Françaises Saarbrücken und dem Goethe-Institut Nancy zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Das unbekannte Euroland: Portugal als Testfall für die europäische Krisenbewältigung“ in den Rathausfestsaal Saarbrücken ein. Am 21. Januar um 19 Uhr fanden sich etwa 40 Zuschauer ein, um der Podiumsdiskussion zwischen den eingeladenen Experten zu folgen. Referenten waren Prof. Dr. Teresa Pinheiro von der TU Chemnitz, zur Zeit Europaicum-Gastprofessorin an der Universität des Saarlandes, Prof. Dr. René Lasserre, Leiter des Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine der Université Cergy-Pontoise sowie Dr. Andreas Marchetti, Forscher am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn. Moderiert wurde die Veranstaltung von Michael Matern, Ressortleiter an der Europäischen Akademie Otzenhausen. Die Grußworte sprachen Frank Fried für die Landeshauptstadt Saarbrücken und Prof. Dr. Dietmar Hüser für das Frankreichzentrum.

Die eingeladenen Gastreferenten stellten zunächst in einem kurzen Statement ihre Sicht auf die Situation Portugals, Frankreichs und Deutschlands in der Eurokrise vor. **Prof. Dr. Teresa Pinheiro** bestätigte in ihrem Impulsvortrag in Hinblick auf die Ausgangsfrage, dass es zwar einen spezifisch portugiesischen Umgang mit der Krise gebe. Dieser könne jedoch nicht als Vorbild dienen, da jeder Staat seinen eigenen Weg finden müsse. Portugal habe bereits vor der amerikanischen Immobilienkrise und der Eurokrise spezifische Probleme gehabt. So lasse sich die wirtschaftliche Entwicklung Portugals seit dem EWG-Beitritt 1986 in zwei Phasen einteilen: Bis zum Jahr 2000 habe Portugal aufgrund seines starken Wirtschaftswachstums als europäischer Musterschüler gegolten; mit dem Beitritt sei es zu einer Verbesserung des Lebensstandards, hoher Beschäftigung und Einwanderung gekommen. Die Orientierung Portugals nach Europa sei sehr positiv konnotiert gewesen. Mit der Jahrtausendwende verringerte sich das Wachstum jedoch und Schere zu EU-Standards wurde – ausgelöst u. a. durch die globale Konkurrenz – breiter. Die Eurokrise habe diese Probleme, insbesondere die zunehmende Staatsverschuldung, noch beschleunigt. Die „Krisenregierung“ von 2011 bis 2015 habe in der Folge die Staatsausgaben reduziert, strukturelle Reformen initiiert, die Wirtschaft wettbewerbsfähiger gemacht und vom europäischen Rettungsschirm Gebrauch gemacht. Im Ergebnis sei die portugiesische Wirtschaft seit 2013 wieder gewachsen, die Arbeitslosenquote gesunken und Portugal könne sich wieder am Kapitalmarkt zu finanzieren. 2014 habe das Land den Rettungsschirm verlassen können. Diese positive Bilanz habe jedoch einen sehr hohen Preis, insbesondere für die sozial schwache Bevölkerung; gingen doch mit der Austeritätspolitik eine große Prekarität am Arbeitsmarkt, Privatinsolvenzen, eine Verschlechterung der Leistungen im Gesundheitssektors sowie eine niedrige Fertilitätsrate einher. Weitere Folgen waren Abwanderung und Brain Drain. Trotz allem sei der portugiesische Weg aus der Krise insgesamt besser als etwa der griechische.

Gastreferent **Prof. Dr. René Lasserre** führte in seinem Statement die wirtschaftlich problematische Lage Frankreichs aus. Zwar sei Frankreich kein Krisenland, gelte aber als der ‚kranke Mann Europas‘, insbesondere im Empfinden der Bevölkerung. Frankreich könne trotz schwachem Euro und niedrigem Ölpreis nicht von der Neubelebung der Weltwirtschaft

profitieren. Vielmehr habe die Privatwirtschaft an Substanz verloren; viele kleine Unternehmen hätten schließen müssen und Großkonzerne wiesen keine gute Bilanz vor. Lasserre sieht die Ursachen der Krise hauptsächlich in der nicht angepassten und inkohärenten Wirtschaftspolitik, welche zu einer zu geringen Exportorientierung und zu schwachen Produktivität geführt hätten. Frankreich habe keine Sanierung betrieben, die öffentlichen Ausgaben nicht gekürzt, die Renten nicht reformiert und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mit staatlichen Zuschüssen unterstützt. Die Ursache hierfür sieht er in einer an Wahlinteressen orientierten Politik der Sicherung der sozialen Besitzstände, des sozialen Konservatismus. Dieser politische Immobilismus werde durch das Präsidialsystem befördert. Im Gegensatz zu Portugal genieße Frankreich in Europa allerdings eine privilegierte Position und profitiere von der Zugkraft des deutschen Partners. Lasserre nennt Frankreich den ‚Trittbrettfahrer der EU‘, welcher die Regeln der Stabilität ständig in Frage stelle und damit die Solidarität zu anderen Krisenstaaten behindere.

Dr. Andreas Marchetti sieht in seinem Vortrag die Positionierung Deutschlands im europäischen Gesamtgefüge durchaus als problematisch an, da es die Rolle der unweigerlichen und unfreiwilligen Führungsmacht übernommen habe. Die politische Konstruktion der europäischen Währungsunion habe seinerzeit die deutsche Sichtweise festgeschrieben; aus deutscher Sicht sei ein ‚deutscher Euro‘ angestrebt worden, während andere Staaten an der Stärke der deutschen Mark teilhaben wollten. Im Rahmen der Krise greife Deutschland nun zurück auf die alte Mark-Philosophie der geringen Inflation und der stabilen Währung. Deutschland habe sich selbst allerdings nicht immer als Musterschüler verhalten und zwischenzeitlich die Konvergenzkriterien nicht erfüllt, was wiederum Signalwirkung auf die anderen Euroländer gehabt habe. Durch ständiges Pochen auf Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite und solidarisches Handeln mit Ländern in Schieflage auf der anderen habe sich eine Art ‚pragmatischer Dogmatismus‘ eingestellt. Marchetti kritisiert am europäischen Umgang mit der Eurokrise, dass in der Solidaritätspolitik lediglich ‚auf Sicht‘ gefahren wurde und die Rettungsschirme nur genauso hoch wie nötig ausgestattet wurden. Einerseits habe sich gezeigt, dass sich die alte Formel der 1950er Jahre der Politik durch Kompromisse erneut bestätigt habe, gingen Anstöße in der europäischen Politik doch noch immer von Frankreich und Deutschland aus, welche die Kompromissfindung internalisiert hätten. Da Frankreich als gleichwertiger Partner jedoch zunehmend herausfalle, dränge sich bei den europäischen Partnern die Wahrnehmung auf, unter dem Diktat Deutschlands zu stehen. Die Politik der Kompromisse sei auch aufgrund unterschiedlicher Ausgangslagen in den einzelnen Ländern problematisch, eine gleiche Politik könne nicht überall gleich wirken. Marchetti sieht in der zyklischen Politik ein ‚Sparparadoxon‘, habe aber keine Antwort, wie man antizyklische Politik verschreiben könne.

In der auf die Statements folgenden **Diskussion** zwischen den Experten und dem Publikum wurden die Auswirkungen der Eurokrise für die Demokratien der drei Länder thematisiert. Die vergangenen Parlamentswahlen hätten bewiesen, dass Portugal eine sehr stabile Demokratie besitze, es gebe keine Anzeichen für eine Entwicklung wie in Polen oder Ungarn; selbst linke Parteien gäben sich realpolitisch. Dennoch habe sich durch die Krise die Einstellung zu Europa in Portugal verändert. Während Europa zuvor als Garant für Demokratie gegolten und großes Vertrauen genossen habe, seien euroskeptische Töne in der portugiesischen Politik und Gesellschaft heute weit verbreitet. In Frankreich habe man die politische Verantwortung für die Krise an Europa abgeschoben, was zu einer verstärkten Euroskepsis und großem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien geführt habe. Diese populistischen, stark radikalisierten Strömungen, welche nicht nur den Front National, sondern auch linke Parteien einschlossen, agierten außerhalb des politischen Feldes und seien nicht regierungsfähig. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland sei das demokratische Zentrum geschrumpft. Das ‚Sparparadoxon‘ sei jedoch nicht allein verantwortlich für diese Tendenzen, vielmehr sei das Problem so komplex, dass es nicht immer einen Lösungsweg gebe. Die Konstitution eines

europäischen Nationalstaats sei daher derzeit nicht realisierbar. Auch wenn die Union in wirtschaftlicher Hinsicht schon weitgehend föderal agiere und die Institutionen heute mehr Machtbefugnisse besäßen, herrsche noch immer die nationalstaatliche Souveränität vor. Die Herausforderung bestehe nun darin, die Kohäsion in Europa zu stärken, wenngleich der Zusammenhalt für jedes Land anders definiert sei. Kein Mitgliedsstaat habe heute die kritische Masse, der Globalisierung standzuhalten, daher gelte es, die Stärke als größter Binnenmarkt der Welt auszuspielen.

In seinem Schlusswort plädierte **Klaus-Peter Beck** dafür, Europa zu stärken und einen Ausweg aus der „desolaten Situation“ zu finden. Er sehe keine Alternative für Europa, auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Flüchtlingsproblematik. Die Veranstaltung schloss mit einem gemeinsamen Umtrunk, bei dem die Zuschauer die Diskussion mit den Referenten fortführen und sich an den Infoständen der Partner über deren Angebote informieren konnten.